

Heraus mit Max Hoelz!

Freiheit für die politischen Gefangenen!

Seitern sprach in zwei Versammlungen in Dresden die Genossin Hoelz über die Klassenjustiz und die Gefängnisbarbarei in Deutschland. Sie zeigte die unrichtige Behandlung der Konterrevolutionäre und der Revolutionäre. An einigen Beispielen zeigte sie die besonders brutale Behandlung des Genossen Hoelz. Nach der Genossin Hoelz sprach Genosse Rechtsanwalt Dr. Helm ebenfalls über die Klassenjustiz. Für die unterdrückten bulgarischen Arbeiter richtete ein bulgarischer Genosse einen Appell an das deutsche Proletariat, an die Deffenlichkeit Europas, zur Unterstützung des bulgarischen Proletariats.

Beide Versammlungen, von denen die eine von über 1000, die andere von über 1000 Personen besucht war, nahmen folgende Entschliessung an:

Gegen Klassenjustiz und Gefängnisbarbarei!

Resolution.

Die am 6. Oktober von der Roten Hilfe, Bezirk Ostschlesien, einberufene Versammlung nimmt mit Empörung Kenntnis von dem erneuten Martirium des Vorkämpfers der Arbeiterbewegung Max Hoelz, der als letztes Mittel gegen seine Verhaftung durch Verweigerung der geforderten ärztlichen Hilfeleistung in den Hungerstreik treten mußte. Die brutalen Methoden bürgerlicher Gefängnisverwaltung werden durch diese planmäßige Quälerei eines politischen Ueberzeugungsgenossen deutlich charakterisiert.

Die Versammlung protestiert einmütig gegen solche Willkür und Brutalität an einem wehrlosen Gefangenen, dessen Fall zudem durchaus nicht vereinzelt dasteht. Noch immer schwächen trotz der sogenannten Reichs- und Landesamnestien eine große Anzahl Proletarier, die im Kampf gegen die Reaktion oder um eine wirtschaftliche Verbesserung der breiten Elendmasse mit dem bürgerlichen Gesetzbruch in Konflikt kamen, in den Justizhäusern und Gefängnissen dieser demokratischen Republik. Gebraucht sei besonders, daß bei ihren Verurteilungen weniger ihre politische Ueberzeugung, als vielmehr, durch die Helfershelfer der Reaktion, die bürgerlichen Gerichte, ihre Tat als verbrecherisch, ihre Gefinnung als roh und betrachtungsunwürdig gewertet wurde. Die Demokratie der bürgerlichen Gerichte ist himmlisch dadurch gekennzeichnet, daß die Mörder eines Liebknecht und Rosa Luxemburg, eines Erzberger und Rathenau, die notorischen reaktionären Hochverräter allezeit milde erzhören oder überhaupt nicht verfolgt werden, während die angeblichen hochverräterischen Unternehmungen revolutionärer Arbeiter und deren Führer nur mit zahllosen Zuchthaus-, Gefängnis- und Ausweisungstrafen geahndet wurden. Der Fall Jürgens ist ein deutliches Beispiel für den Vernehmlichkeitswillen der Reaktion gegen das revolutionäre Proletariat, da die richterlichen Klagen gegen dieses Verbrechens er absehen, die durch ihn eingeleiteten und auf Grund seiner verächtlichen Tätigkeit durchgeführten Strafverfahren wieder aufzurollen und den zu hohen Zuchthausstrafen verurteilten Arbeitern volle Genugtuung zu gewähren. Auch die völlig einseitige Anebenkung der

verfassungswidrigen Verhaftungen durch Straferfolgung links gerichteter Dichter und Verleger ist dem demokratischen Staat als einen einseitigen bürgerlichen Klassenstaat mit dem Ziele der Unterdrückung aller revolutionärer Erscheinungen, insbesondere der Klassenkämpferischen Arbeiterbewegung, in besonderer Weise deutlich erkennen. Die Verhaftung wehrt sich mit Entschiedenheit gegen eine derartige Einseitigkeit der Justiz, die als Schwächlerin des Kapitals und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung jede demokratische Gerechtigkeit vermissen läßt.

Sie erhebt an dieser Stelle gemeinsam mit der gesamten revolutionären Arbeiterbewegung aller Länder entschiedenen Protest und fordert:

1. Schnellste Amnestierung aller noch festgehaltenen proletarischen politischen Gefangenen,
2. insbesondere umgehende Entlassung von Max Hoelz, unter Wiederaufnahme des Strafverfahrens,
3. Wiederaufholung der Strafverfahren, in denen der Verbrecher Jürgens seine Hand im Spiel gehabt hat,
4. sofortige gründliche Reformierung des gesamten Strafwesens sowohl auf dem Gebiet der Strafverfolgung, wie auch insbesondere der Strafvollstreckung.

Die Versammlung gelobt in Verbindung mit den revolutionären Organisationen der Arbeiterbewegung, den Kampf nicht ruhen zu lassen:

für eine Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen, für eine Befreiung der bürgerlichen Klassenjustiz, für einen Kongreß der Wertigen, der sich die Befreiung der unheilbaren Zustände auch auf dem Gebiet der Justiz zum Ziele setzt.

Gegen das bulgarische Generegiment!

Resolution.

Die am 6. Oktober von der Roten Hilfe Ostschlesien einberufene öffentliche Volksversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den terroristischen Maßnahmen der bulgarischen Behörden. Die Versammelten solidarisierten sich mit den bulgarischen Arbeitern und Bauern und protestierten gegen das Verbot der Versammlungen der unabhängigen Gewerkschaften, gegen die Verhaftungen und Mißhandlungen, gegen die Verhaftung von über 400 jugendlichen Arbeitern wegen Veröffentlichung und Verbreitung von Aufzügen für den 12. Internationalen Jugendtag, gegen die Verhaftung des bekannten bulgarischen Schriftstellers Anton Sira Schimiroff und gegen die zahllosen Morde, wie z. B. in den Dörfern Jelezna, Borina und Sofia.

Die Handlungswelt wird durch jeder Menschlichkeit und die Versammelten fordern von der bulgarischen Regierung sofortige Abstellung dieser Maßnahmen und Gewährleistung der Freiheit des unterdrückten bulgarischen Volkes. Die Versammelten geloben, nicht eher zu ruhen, bis ihre Forderung zur Tat umgekehrt wird.

Die Landtags- und Gemeindevahlen

Votenauslegung vom 10. bis 17. Oktober.

Dresden, 6. Oktober. Das Gesamtministerium hat angeordnet, daß die Hauptwahlen zum Landtag am 31. Oktober stattfinden. Die Wählerlisten und Wahlkarteien sind vom 10. bis einschließlich 17. Oktober auszuliegen. Zu Wahlkreisleitern wurden ernannt: Im ersten Wahlkreis Dresden-Bauhen Geheimrat Regierungsrat Dr. v. Hengendorff, der zugleich Landeswahlleiter ist, im zweiten Wahlkreis Leipzig Oberregierungsrat H. S. H. und im dritten Wahlkreis Chemnitz-Zwickau Stadtrat Dr. Härtwig. Für die Gemeindeverordnetenwahlen, die am 14. November stattfinden, dürfen die Wählerlisten für die Landtagswahl als Wahlunterlagen benutzt werden. Die Auslegung der Wählerlisten für die Landtagswahl gilt zugleich als Auslegung für die Gemeindeverordnetenwahl.

Argentinien anerkennt Sowjetrußland

Moskau, 5. Oktober. (Telunion.) In Kreisen, die dem Außenministerium nahesteht, spricht man von der unmittelbaren bevorstehenden Anerkennung Sowjetrußlands durch Argentinien. Die argentinische Regierung hat auf alle finanziellen Ansprüche, insbesondere aus den Vorkriegsschulden Aufschub verzichtet. Als nächstes werde die Sowjetunion eine Handelsvertretung mit Buenos Aires errichten. Der Bericht auf die Vorkriegsanprüche dürfte unwahrscheinlich sein, da solche Ansprüche kaum bestehen. Uruguay hat die Anerkennung bekanntlich bereits ausgesprochen.

Die Nationalitätenfrage in Sowjetrußland

Neue Sowjetrepublik „Mäe-Finnland“.

Moskau, 7. Oktober. (Telunion.) Das Exekutivkomitee der Sowjetunion hat beschloßen, eine neue Republik unter dem Namen „autonome finnische Räterepublik“ zu gründen. Sie

Er sprach dann von Militärstrichen von den Manifesten. Damals wußte er nicht, was er tat. Nicht nur, daß er nicht lesen konnte, was auf den Flugzetteln gedruckt stand, sondern daß er, der gewöhnt war, sich blind fremdem Willen zu fügen, und nur schwer eigene Gedanken zu entwickeln vermochte, sich nicht einmal bemüht hatte, den Inhalt zu erfahren.

Nun erzählte Grecca auch, wie er im Gefängnis Menschen kennengelernt hatte, die sich Kommunisten nannten. Diese Leidensgenossen hätten ihn auf über den Kampf der Wertigen, dessen unbewußter Teilnehmer er geworden war. Sie zeigten ihm das Los der Arbeiter auf, die ungeheure Sinnlosigkeit eines Gesellschaftszustandes, der die produzierenden Massen in eine Art Arbeitszucht verwandelt, das in das Joch einer kleinen Anzahl Ausbeuter gekoppelt ist. Sie machten ihm klar, daß die Verwirklichung des Kommunismus eine Aenderung dieses Standes der Dinge bedeuten und Licht, Freiheit und ein besseres Leben für die Masse der im Dunkeln gehaltenen Massen bringen werde.

Ich sage Ihnen, meine Herren Richter, schrieb der kleine Bauer Grecca, daß ich nun nicht mehr derselbe Mensch bin, der ich einst gewesen. Dinge, an die ich nie gedacht, kamen mir in den Sinn, und ich verstand sie im Leid — ich ward ein wirklicher Mensch!

Er, der mit Leichtgläubigkeit rein und unschuldig aus diesem Prozesse hervorgehen konnte, indem er auf seine offensichtliche Unkenntnis bei der Verübung der „Tat“ verwies, gab so voll Seelengröße dem Kriegsgericht einen neuen Schuldbeweis gegen sich selbst in die Hände. Er legte sich willentlich den höchsten Strafen aus, als er, der einfache Bauer, einem Knecht gleich, rief: „Der Kommunismus ist etwas Großes, und wenn der Herrgott die Geschicke der Welt lenkt, er würde keine andere Ordnung aufheben.“

Wir müssen voll Ehrfurcht die Worte jammern, die Grecca angesichts des ganzen Kriegsgerichts aussprach. Wir können sicher sein, daß sie über die Köpfe der Richter hinweg das Herz, die Massen der Bauern wie Grecca erreichen werden:

Jeder Sohn des rumänischen Volkes, jeder Bauer und Arbeiter, jeder Soldat und Handwerker, alle, die ehrlich schaffen,

wird nicht an der finnländischen Grenze liegen unweit von Leningrad und wird die Bezirke Staroostrowezk und Gatschina umfassen.

Regierungskultimat an die englischen Bergarbeiter

Berlin, 7. Oktober. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus London richtete Baldwin Privatsekretär an den Bergarbeiterverband ein Schreiben, in dem es heißt, das Angebot der Regierung, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den ein National-Schiedsgericht geschaffen werden soll, sobald die Arbeit überall wieder aufgenommen worden ist, ist dem Bergarbeiterverband vor nunmehr drei Wochen zugegangen. Die Regierung kann einer erneuten Verlängerung dieses Angebots nicht zustimmen. Sie fordert daher die für den 7. Oktober anberaumte Konferenz der Vertreter der Bergarbeiter auf, klar und unambiguitätig zu erklären, ob sie dieses Angebot annehmen oder nicht, andernfalls muß das Angebot als rückgängig gemacht angesehen werden.

Ablehnung der Regierungsvorschläge

Tagung der Bergarbeiterrefutative — Es wird mit harter Abstimmungsgegenheit gegen die Regierungsvorschläge gerechnet.

London, 6. Oktober. (Telunion.) Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter trat heute in London zusammen, um sich mit den Ergebnissen der Enkthaltungen der Distrikte über die Vorschläge der Regierung zu befassen. Generalsekretär Cool erklärte, daß das Gesamtergebnis nicht vor morgen zu erwarten sei, daß aber mit einer Mehrheit gegen die Vorschläge zu rechnen sei. Wie verlautet, wird sogar mit einer Mehrheit von 4:1 gegen die Vorschläge gerechnet. Die Situation wird durch die Entscheidung der einzelnen Distrikte für die Bergarbeiterrefutative und die Delegiertenkonferenz außerordentlich verwickelt.

2 Arbeiter beim Hausbau getötet, 3 schwer verletzt

Berlin, 7. Oktober. Die Morgenblätter melden aus Augsburg: Bei dem Bau eines Hauses in Stefanstrasse stürzte die Giebelmauer ein, wobei zwei Arbeiter getötet und drei schwer verletzt wurden.

müssen in die kommunistische Partei Rumaniens eintreten, um die Dampfer zu vernichten und die neue Volksherrschaft aufzurichten!

Grecca wurde zu fünf Jahren Korrekzionsgefängnis verurteilt. Aber nicht umsonst sprach er von den „höchsten Strafen“. In Rumänien, wo die Todesstrafe aufgehoben ist, gibt es Mittel genug, um die Hinter den Kulissen der amtlichen Gerichtsbarkeit wieder einzuführen.

Als Herr Bratiana, der damalige rumänische Ministerpräsident, von den mutigen Worten Greccas vor dem Kriegsgericht erfuhr, hatte er einen förmlichen Wutanfall. Man wollte ihm einen Gefallen tun und versuchte Grecca durch das übliche Mittel des Hungerstreiks verschwinden zu lassen (es ist bekannt, wie oft dieses System mit Erfolg angewendet wurde, das darin besteht, den Gefangenen aus dem Gefängnis zu führen und ihn hinterwärts unter dem Vorwande des Hungerstreiks zu erlösen). Diesmal mißlang der Versuch. Man wollte daraufhin Grecca vergiften. Dank einem erstaunlichen Glücksfall mißlang auch dieser Anschlag. Da gab man ihm kein Essen mehr, man warf ihn, an Händen und Füßen gefesselt, in das engste, laffe Loch, die „Gherla“.

Da trat Grecca in den Hungerstreik. Gerade das aber hatten seine Henker gewollt, da sie doch auf eine Gelegenheit lauerten, ihn sterben zu lassen. Die übrigen Gefangenen solidarisierten sich aber mit ihm und traten auch in den Hungerstreik. Der Gefängnisdirektor mußte nachgeben, zumal die Deffenlichkeit im In- und Ausland sich regte. Der Streik wurde auf Grund von Zusagen abgedrohen, Grecca in das Gefängnislazarett gebracht.

Der kleine Bau im Gefängnis Doftana, den man „Zu fimeria“ nennt, ist eine Art Grube, wobei wohl hier und da lebende Menschen gefangen, immer aber tot hinausgetragen werden. Der Gefängnisarzt belächelt im übrigen, wie mit mehr Gemächensmann verfähert, mit teuflichem Grinsen zu erklären, daß Grecca nicht tot sei. Er ist nur wahnsinnig... Grecca, der sich erhoben hatte, um den Bürgern die Wahrheit im Gesicht zu schenken, die er in seinem Bewußtsein als Mensch und Bauer gefunden, ist heute nur noch ein Phantom, das sich bewegt und mit sich schleppt den Leichnam seines Denkens.

nicht von Seect unterrichtet gewesen sei und weilsch ein Zusammenarbeiten mit Seect nicht, mehr stattfinden könne.

Die gelungene bürgerliche Presse widmet dem General Todeshymnen und behauptet, daß er über diese Angelegenheit Kolpern müßte. Die eigentliche Ursache des Konfliktes dürfte wohl in der Durchführung der Lokalmotivität und der hochbegünstigten Koalitionspolitik zu suchen sein. Sonst war Seect nämlich auch nicht so empfindlich. Er ließ Seect nicht über die Feme und die Schwarze Reichswehr, auch nicht über die Enthüllungen des Schriftstellers Mertens.

Seect war der Organisator des Reichswehrministeriums in Sachsen, er bildete Arbeitskommandos, die Schwarze Reichswehr, den monarchistischen Kurs in der Reichswehr. Wenn Seect jetzt geht, wird das keineswegs anders werden. Nur allzu ungeeignet werden seine Nachfolger wohl nicht arbeiten. In den wichtigsten Fragen werden sie das gleiche Gesicht aufbringen wie Seect, die Reichswehr als eine Armee gegen die Arbeiter zu erhalten und auszubauen.

Jörgiebel Polizeipräsident von Berlin

Berlin, 6. Oktober. Nach den Morgenblättern verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß bei einer Ernennung des Berliner Polizeipräsidenten Grieschke zum preussischen Minister des Innern für die Nachfolgerschaft im Berliner Polizeipräsidentium der gegenwärtige Polizeipräsident von Köln, Jörgiebel, in Frage komme, der ebenfalls Sozialdemokrat ist. Der gegenwärtige Stellvertreter des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Friedensburg soll, nach dem Sozialanzeiger, für den Posten als Polizeipräsident von Stettin in Aussicht genommen sein.

Der Femeauschuß in München

München, 6. Oktober. (Telunion.) In der heutigen Nachmittagsitzung des Femeauschusses betraut Staatsanwalt Kraus weiter, daß der von ihm und dem Staatsanwalt Kried gefasste Beschluß, die Haftbefehle gegen die Beschuldigten aufzuheben, schon vor der gemeinsamen Reise nach München gefaßt worden sei. Kraus erklärt weiter, daß die Bitte Dr. Gabemanns, im Auto gemeinschaftlich nach München zum Justizministerium zu fahren, in Anbetracht der damaligen Zeiten nichts Auffälliges gehabt habe, zumal er der Meinung gewesen sei, daß Gademann vom Ministerium geschickt worden sei. (1) Oberregierungsrat Gärtner sei sehr zurückhaltend gewesen und habe beide nach der Entgegennahme des Vortrages wieder entlassen. Von irgendwelchen Einflüssen oder Hemmungen in der Justizbehörde könne absolut nicht die Rede sein. (2) Abg. Graf Thüring (deutschnational) erklärt, daß bei der Fragestellung des Abg. Levi der Eindruck habe entstehen können, daß tatsächlich Unterlassungsünden von der Staatsanwaltschaft begangen worden seien. Abg. Graf stellt fest, daß sich trotz für alle ein ganz anderes Bild ergebe. Abg. Levi (Soz.) vermahnt sich gegen diese Feststellung und weist darauf hin, daß ein Urteil erst zu einem anderen Zeitpunkt gefällt werden könne. Der Ausschuss vertagt dann seine weiteren Beratungen auf Donnerstag vormittag. Am Donnerstag soll auch der bayerische Justizminister Gärtner als Zeuge vernommen werden.

Verbot kommunistischer Versammlungen

Selbst löst die Femeumörder.

München, 6. Oktober. (Telunion.) Wie die „Bayerische Staatszeitung“ meldet, ist von der Polizeidirektion München eine öffentliche Volksversammlung, in der die zwei kommunistischen Mitglieder des Femeauschusses über „Feme in Bayern und das Verhalten der Behörden“ sprechen sollten, verboten worden.

„Potemkin“ bleibt in Bayern verboten

München, 7. Oktober. (Telunion.) Nach einer Auskunft an hiesiger zuständiger Stelle bleibt es in Bayern bei dem Verbot des „Potemkin“-Films.

Amthauptmann Kiffel zurückgetreten

Wie die „Telunion“ heute mitteilt, ist im Bezirksauschuss der Amthauptmannschaft Leipzig bekanntgegeben worden, daß der Amthauptmann Kiffel wegen seines Gesundheitszustandes mit dem 30. September in den Ruhestand getreten sei. Da dieser Vorken bisher schon lebhast untritten war, ist damit zu rechnen, daß nach dem Rücktritt Kiffels einer jener Renegaten untergebracht werden soll, denen mit dem Ende der Selbst-Regierung die Pflünde in Gefahr geraten.

„Das deutsche Reich ist eine Republik“

Berichtigung.

In dem getriggen Artikel ist ein fernerstehender Fehler unterlaufen. Im 8. Absatz auf der ersten Seite heißt es: „Wenn die sozialdemokratische Antragsteller bei der Begründung ihres Antrages erklärt haben, sie meinen nicht diese Republik, sondern die „sozialistische“, so zeigt das nur, daß durch die Diskussion die kommunistischen Vertreter gezwungen waren, sich noch im Laufe der Beratungen zu enthalten.“

Aus der Fassung des Satzes geht natürlich hervor, daß der Druck hier fernerstehend ist. Es muß heißen: „Wenn die sozialdemokratischen Antragsteller bei der Begründung ihres Antrages erklärt haben, sie meinen nicht diese Republik, sondern die „sozialistische“, so zeigt das nur, daß durch die Diskussion der Kommunisten die sozialdemokratischen Vertreter gezwungen waren, sich noch im Laufe der Beratungen zu enthalten.“

Die Befehrung Greccas

Von Henri Barbusse.

Von Grecca war ein Bauer ohne Schulbildung. Er wußte nichts von den großen sozialen Problemen. Ihm war alles unbekannt, was über den Horizont jenes kleinen Erdenscheitels ging, wo er in Rumänien zu Hause war.

Seine Eltern und alle seine Ahnen hatten immer seit uralten Zeiten auf den Gutshöfen der Bojaren gearbeitet. Und somit sein Geschicknis reißt, hat er sich stets ebenso wie der Boden als Eigentum der Bojaren gefühlt. Als Grecca ins militärische Alter gekommen war, wurde er Marinerosoldat. Es war in der Zeit des Krieges. Aber er wußte nicht, was Krieg bedeutet. Sein Interessentkreis war ein beschränkter, und er kümmerte sich um nichts, was um ihn vorging. Er unterwarf sich den Befehlen, die man ihm gab, er tat alles, was man ihm tun ließ. Er gebrauchte kein Gewehr auf Befehl anderer und für die Zwecke anderer, ebenso wie er früher Pflug und Harke gebraucht hatte. An Bildung gewann er in diesen dunklen Tagen wenig, da er angesichts des Himmels verpflichtet war, zu mochen und alles daranzusetzen, nicht selbst gelüdet zu werden.

Eines Tages näherte sich ihm ein Arbeiter und übergab ihm ein Paket Flugzettel mit der Bitte, sie unter keinen Umständen zu verteilen. Grecca tat dies, ohne zu wissen, was auf diesen Zetteln stand, da er doch nicht lesen konnte und für gewöhnlich auch nicht neugierig war.

Diese Zettel enthielten einen Aufruf an die Marinerosoldaten: „Brüder, Marinerosoldaten! Arbeiterbrüder in Uniform! Schiebt nicht auf eure Brüder in der Roten Armee, wenn euch die Bojaren in den Kampf gegen Sowjetrußland senden, denn Rußland ist der einzige Arbeiterstaat auf Erden!“ Grecca wurde bei der Verteilung der Flugzettel betroffen und verhaftet.

Vor dem Kriegsgericht sprach Grecca von seiner Kindheit und von seiner Jugend. Er schilderte sein ganzes Dasein bis zur Militärzeit. Er legte dar, wie er damals wie das Vieh gearbeitet hatte, ebenso wie alle um ihn, nur, wie er heute damit sich unter Schweig in Gold wandelt.